

JU

JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

Initiativbeschluss

**des 41. NRW-Tages
am 30. und 31. August 2008 in Paderborn**



Arbeitslosenberatungsstellen

Die Junge Union NRW spricht sich dafür aus, die Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren in unserem Land zu erhalten und fordert die Landesregierung auf, deren finanzielle Förderung über September 2008 hinaus sicher zu stellen.

Begründung

Bisher hat das Land NRW die Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren mit jährlich insgesamt etwa 4,6 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert (knapp 50.000Euro pro Einrichtung/Jahr). Ende September wird diese Förderung eingestellt. Laut Minister Laumann sei die Aufgabe der Förderung dieser Einrichtungen auf die ARGEN übergegangen.

Nun sind die meisten Einrichtungen – häufig in Trägerschaft von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften oder anderen Trägervereinen – in ihrer Existenz bedroht, da einerseits die Träger den Mittelausfall nicht kompensieren können, andererseits die Kommunen bzw. ARGEN kaum eine Ersatzfinanzierung leisten.

Folgende Gründe sprechen jedoch für den Erhalt:

- Die Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren leisten wichtige und sehr wertvolle Arbeit für arbeitslose, aber auch für deren Familien und für Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind.
- Sie sind vielerorts eingebettet in ein großes Netzwerk der sozialen Beratung. Dieses sprichwörtliche soziale Netz würde durch die Schließung der Arbeitslosenberatungen einen großen Riss erfahren.
- Anders als bisweilen behauptet ist durch „Hartz IV“ und die Kontaktstellen der ARGEN der Bedarf für weitere Beratungsstellen nicht weggefallen; im Gegenteil: gerade im Umfeld der ARGEN ist qualifizierte Beratung, zum Teil auch als Korrektiv (z.B. bei Widersprüchen) erforderlich.